Protokoll

zur 7. Sitzung in der II. Wahlperiode
des Ausschusses für
Stadtplanung, Naturschutz und Landschaftspflege
der BVV Steglitz-Zehlendorf von Berlin

am Dienstag, dem 27.08.2002, 16:30 Uhr

Anwesenheitsliste

Kurt-Eberhard Dreyer	CDU
Barbara Ehlgötz	CDU
Norbert Kopp	CDU
Marina Martienßen	CDU
Marie-Luise Grund	SPD
Irene Köhne	SPD
Norbert Müller	SPD
Detlev Ronnisch	SPD
Dagmar Sunkel	FDP
Dr. Veronika Kottusch-Geiseler	FDP
Claudia Huck	GRÜNE
Dietrich Knüppel, Stellv. BD	CDU
Helmut Rellermeier	CDU
Joachim Scharnowski, BD	CDU
Matthias Boye, BD	GRÜNE

Vom Amt: Bau Dez Hr. Stäglin
Stapl 1 Fr. Lappe
Stapl 2 Hr. Noack
NG L Hr. Dannenberg
BVV 1 Dr. Konrad, Protokollführung

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass bei Tagesordnungspunkt 8 („Camping Platz Kohlhasenbrück“) versehentlich eine Drucksachennummer angegeben wurde. Die genannte Drs. Nr. 179/II (ein Antrag der Fraktion der SPD mit dem Betreff „Camping Platz Kohlhasenbrück“) war jedoch bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses behandelt und zu einer Beschlussempfehlung geworden. Er erklärt, in dieser Sitzung solle dazu noch ein Sachstandsbericht gegeben werden.

zu TOP 1 **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es sind keine Bürger erschienen.

zu TOP 2 Bericht aus dem Amt

BzStR Stäglin berichtet über

1. einen vorliegenden Bauantrag für einen Lebensmittelmarkt für das Gelände Kaiser-Wilhelm-Straße / Ecke Alt Lankwitz sowie über alternative Planungen, dort ein Wohn- und Geschäftshaus zu errichten. Die Fraktion der CDU erklärt, dass das solitäre Ladengeschäft sich in diesen Bereich städtebaulich nicht einfügt, während das straßenseitig geplante Wohn- und Geschäftshaus gut in die städtebauliche Situation eingepasst wäre.

2. Pläne für einen Anbau zum Titania -Palast in der Gutsmuthsstraße, durch den eine Baulücke geschlossen würde. Während im Erdgeschoss des Gebäudes Geschäfte und ein Restaurant untergebracht werden sollen, würden die für das Obergeschoss geplanten vier Kinos mit den fünf Kinos im Titania-Palast verbunden.
   Die Fraktion der CDU erklärt, der geringe Abstand zum benachbarten Wohnhaus hätte für dessen Bewohner Sicht-, Licht- und Wohnwertverluste zur Folge. Sie hinterfragt außerdem, warum das geplante Gebäude größer ist als der eigentlich dominierende Titania-Palast. Wenn hier Zugeständnisse in der Höhe gemacht würden, sei zudem mit ähnlichen Wünschen des benachbarten Forums zu rechnen. Die Fraktion GRÜNE bittet den Investor und Architekten um eine ökologische Bauweise.
   Grundsätzlich wird der Lückenschluss begrüßt.

3. die Vorbereitung einer Veränderungssperre für den Bebauungsplan 6 - 5 B, um dem Bau eines für die Ecke Kamenze Damm / Haynauer Straße geplanten großflächigen Supermarkts vorzubeugen.

4. die Sturmschäden im Bezirk nach dem Unwetter vom 10. Juli 2002. Im Bereich des öffentlichen Grüns wurden 4.234 Bäume geschädigt, davon waren 962 Totalschäden, 1226 schwere (Kronen-) Schäden und 2.046 leichte Schäden. Mit 119 Totalschäden war Dahlem am stärksten betroffen. Auf Schwanenwerder gab es 105 Totalschäden, 29 schwere und 20 leichte Schäden. Bei den Straßenbäumen gab es im Baumpflegerevier 1 (Zehlendorf) 181 Totalschäden, im Baumpflegerevier 2 (Steglitz) 133. Die sich durch die Schäden und deren Beseitigung ergebenden finanziellen Belastungen belaufen sich auf ca. 1,2 Mio Euro, wobei in diesem Betrag noch nicht die Neupflanzungen enthalten sind. Auf dem Spendenkonto seien bisher 5.100 Euro eingegangen. Das Amt werde versuchen, die Mehrfinanzierung auf Landesebene zu regeln. Es werde jedoch nicht möglich sein, alle entwurzelten oder gefällten Bäume durch Neupflanzungen zu ersetzen. Nicht alle von Bürgern gespendeten Bäume könnten auch tatsächlich gepflanzt werden, da nur stressfeste Straßenbäume in Frage kommen.
   Mit der Schadensbeseitigung werde das NGA noch bis zum Jahresende - wenn nicht sogar länger - zu tun haben. Wichtige andere Arbeiten, wie etwa das Entfernen von Totholz aus nicht vom Sturm betroffenen Bäumen, können derzeit nicht geleistet werden.

BzBm Stäglin widerspricht der von der Fraktion GRÜNE geäußerten Befürchtung, dass - wie vor kurzem nach Sturmschäden im Bereich der U-Bahn-Trasse - nun vorsichtshalber auch solche Bäume gefällt werden könnten, die nur leicht wackelig sind

5. die Wiederaufstellung von Papierkörben im Bereich des Schlachtensees und der Krummen Lanke. Der Versuch, die Besucher zu motivieren, ihren Müll wieder mit nach Hause zu nehmen, sei vom Ansatz her jedoch richtig gewesen und werde in ähnlicher Weise wiederholt werden. Das Ergebnis der Auswertung sei gewesen, dass sich die Müllmenge weder reduziert noch erhöht habe. Im kommenden Jahr solle versucht werden, die Besucher durch ABM-Parkwächter zu mehr Sauberkeit in den Grünanlagen anzuhalten.
   Die Fraktion der CDU erklärt, der Versuch sei gescheitert und dankt dem Amt, dass es ihn aufgrund der Erfahrungen abgebrochen habe. Die Fraktion der SPD erklärt, der Versuch sei sinnvoll gewesen, jedoch hätte die BSR stärker eingebunden sein sollen. Die Fraktion GRÜNE bedauert den Abbruch des Versuchs und erklärt, ein entsprechender Beschluss durch die BVV hätte abgewartet werden sollen.

6. die notwendie Fällung einer Rotbuche mit 405 cm Stammumfang auf dem Gelände der Irakischen Botschaft.

7. das Scheitern der Gespräche mit Grundstückseigentümern der Straße Am Kieferngrund, so dass jetzt im Prinzip nur der Klageweg übrig bleibt. Hierzu werde jedoch zunächst vom Rechtsamt eine Klärung vorgenommen.

zu TOP 3 289/II **Erlass der Veränderungssperre Nr. 6 - 2B / 30 (Kommandantenstraße 92)**
Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

zu TOP 4 333/II **Bebauungsplan X - 168**
NG L Hr. Dannenberg weist erklärend darauf hin, es sei bundesgesetzlich festgelegt, dass Kleingartenkolonien über Bebauungspläne gesichert werden müssen.

Die Vorlage wird bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.

zu TOP 5 334/II **Bebauungsplan X - 8 - 1 (Bolzplatz Von-der-Trenck-Straße)**
Der Vorsitzende stellt die Kenntnisnahme der Vorlage durch den Ausschuss fest.

zu TOP 6 **Neues Schweizer Viertel, Planungsstand**
BzStR Stäglin verteilt eine von der GAGFAH erstellte Informationsbroschüre mit Datum vom 27.08.2002 zum Neuen Schweizer Viertel. Um den Ausschussmitgliedern Gelegenheit zum Studium der Schrift zu geben, wird der Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung vertagt.

zu TOP 7 **Albrechtstraße 22 - 26, Planungsstand**

Stapl 1 Frau Lappe berichtet, für das Gelände Albrechtstraße 22 - 26 sei eine Nutzung durch Praxen, Läden, einen Supermarkt sowie eine ASB-Pflegeeinrichtung mit 120 Pflegeplätzen und einem Garten geplant. Zwar würden die Nutzungsmaße überschritten (GFZ: 1,7 statt der erlaubten 1,2), doch geschehe dies u.a., um die geplante notwendige Zahl der Pflegeplätze unterbringen zu können. Die als Gast anwesenden Projektentwickler Herr Hermes und Herr Finger berichten über die Vorgaben, die dem Projekt zugrunde lagen und weisen darauf hin, dass es heute üblich sei, pflegebedürftige Senioren, die ihr Leben lang in der Stadt gewohnt haben, in ihrem Lebensumfeld, d.h. in der Stadt, zu lassen und sie nicht in Pflegeheime auf dem Lande abzuschieben.
Die Fraktionen stimmen der Planung grundsätzlich zu, bitten jedoch darum, weiterhin über den Fortgang informiert zu werden.

zu TOP 8 **Camping Platz Kohlhasenbrück**

Auf seinen Hinweis vor Eintritt in die Tagsordnung Bezug nehmend, erklärt der Ausschussvorsitzende, es solle an dieser Stelle nicht erneut über die vom Ausschuss bereits behandelte Drs. Nr. 179/II, sondern über den Fortgang der Entwicklung beim Camping Platz Kohlhasenbrück berichtet werden. Hierzu begrüßt er als Gäste Herrn Busch und Herrn Kirsching, die für die Terraingesellschaft Babelsberg tätig sind..
Stapl 2 Hr. Noack berichtet, das Amt habe in der zurückliegenden Zeit erneut geprüft, ob das Gelände als Grünfläche oder als Naturschutzgebiet erhalten bleiben könne oder vom Eigentümer, der Terraingesellschaft Babelsberg, bebaut werden dürfe.
Er erklärt, aufgrund einschlägiger Bundes-Rechtsprechung müsste bei anderweitiger Nutzung als der von der Terraingesellschaft geplanten Bebauung an diese eine Entschädigung gezahlt werden, deren Höhe sich zwischen 620.000 Euro (bei einer Einordnung des Geländes als Campingplatz) und 12 Millionen Euro (bei einer Einordnung als Bauland) bewegt. Sollte das Gebiet bebaut werden, erscheine dem Amt die von der Terraingesellschaft geplante Villenbebauung mit 33 Parzellen angesichts der Größe des Geländes akzeptabel, und es würde entsprechend das B-Plan-Verfahren einstellen.
Auch in Hinblick auf die in jedem Fall zu zahlenden hohen Entschädigungskosten bei anderweitiger Nutzung hält die Fraktion der CDU die geplante Bebauung für akzeptabel.
Die Fraktion der SPD erklärt ihren Antrag Drs. Nr. 179/II mit dem Betreff „Camping Platz Kohlhasenbrück“, der in der 6. Sitzung des Ausschusses am 25.06.2002 bereits zu einer Beschlussempfehlung für die BVV geworden war, für erledigt und erklärt im Einverständnis mit dem Ausschuss, sie wünsche keinen entsprechenden Beschluss mehr. Der Ausschuss bittet, den Ältestenrat darüber zu unterrichten, dass die Drs. 179/II als Antrag wie als Beschlussempfehlung erledigt ist und nicht in die nächste BVV soll.

zu TOP 9 27/II **Landschaftsschutzgebiet Stichkanal/Teltowkanal**

BzStR Stäglin erklärt, für das bis zum Wasser reichende Gewerbegebiet gebe es zwei Planungsvarianten. Entweder man lasse alles so wie es ist, oder man erachte den Uferstreifen als so wichtig, dass man mittels eines Landschaftsplanverfahrens die Unterschutzstellung des Geländes durchführe. Der Ausschuss bittet das Amt zu prüfen, ob für den auf dem Gelände befindlichen Saugbaggerliegeplatz an anderer Stelle am Teltowkanal ein möglicher Ersatzplatz exisitiert. Die Fraktion der SPD kündigt einen Änderungsantrag zum vorliegenden Antrag der Fraktion GRÜNE an. Die Behandlung des Tagesordnungspunktes wird auf die nächste Sitzung vertagt.

zu TOP 10 244/II **Städtebaulicher Wettbewerb**

BzStR Stäglich berichtet, das Amt habe überlegt, das fragliche Gebiet als Thema im Rahmen eines eurpäischen Wettbewerbs anzumelden, das BA habe aber keine Mittel hierfür. Stapl 1 Fr. Lappe erklärt, dass durch den vorliegenden Bebauungsplan für das Gebiet klare Vorgaben und Verhältnisse herrschen. Zudem sei vom Eigentümer jetzt der Vorschlag gemacht worden, selber gangbare realistische Entwürfe für die Bebauung des Geländes zu entwickeln und sie dem Stadtplanungsausschuss vorzustellen.
Mit Hinweis auf die fehlenden finanziellen Mittel bittet BzStR Stäglin, auf den im Antrag genannten (teuren) städtebaulichen Wettbewerb zu verzichten. Die Fraktion der CDU ändert den Text ihres Antrags wie folgt:

„Die BVV möge beschließen:
Das Bezirksamt wird ersucht, spätestens im Frühjahr 2003 für den Bereich Lankwitzer Straße zwischen Amalien- und Königsberger Straße sowie Brauerstraße zwischen Königsberger- und Kastanienstraße unter Einbeziehung des Kranoldplatzes <u>städtebauliche Alternativen zu entwickeln</u>."

Der Antrag wird in der geänderten Form einstimmig angenommen.

zu TOP 11 260/II **Stellplatz für Sinti und Roma**

Die Behandlung der Drucksache wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses verschoben.

zu TOP 12 283/II **Abbau der Papierkörbe**

Die Behandlung der Drucksache wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses verschoben.

zu TOP 13 287/II **Mähen von Grünstreifen im Bezirk**

Die Behandlung der Drucksache wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses verschoben.

zu TOP 14 Verschiedenes

1. Da BzStR Stäglin aufgrund einer Klausurtagung des Bezirksamts an der nächsten, für den 24. September geplanten Ausschusssitzung nicht teilnehmen kann, wird diese auf Dienstag, den 01.10.2002, verschoben.

2. BzStR Stäglin verteilt eine Liste mit Abrissvorhaben.

3. Die Fraktion der CDU fordert eine möglichst baldige Fortsetzung des B-Planverfahrens für die Kolonie Pfarracker.

4. Die Fraktion GRÜNE berichtet von der Klage einer Bürgerin über eine kaputte Wasserpumpe auf dem Gelände Berliner Straße 88.

5. Die Fraktion GRÜNE berichtet von der Nachfrage eines Bürgers, ob im Bebauungsplan für das ehemalige BfA-Gelände Am Großen Wannsee / Conradstraße weiterhin eine Durchwegung vorgesehen ist. Stapl 1 Fr. Lappe erklärt, es sei geplant, dies mit den neuen Eigentümern zu erörtern.

6. Herr Bürgerdeputierter Boye präsentiert eine von der Verkehrs-Arge (einer Agenda 21 Gruppe) erstellte Fahrradkarte für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf, die in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll und 3,90 Euro kostet.

7. Die Fraktion der CDU erklärt, auf dem ehemaligen Telefunken-Gelände hätten sich Sinti und Roma mit Wohnwagen angesiedelt und erkundigt sich nach der Reaktion des Bezirksamtes.

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Dreyer
Ausschusvorsitzender

Martienßen
Schriftführerin